

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/213

5. November 1976

Scharfmacher sind niemals hilfreich

Zu besonnener Beharrlichkeit gegenüber der DDR gibt es keine Alternative

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

"Unione"-Deutschlandpolitik mit gespaltenen Zungen

Nach dem Wahlkampf liest sich alles wieder ganz anders

Von Dr. Heinz Krautzmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seite 3 / 49 Zeilen

Vertrauen in das Gesetz wird notleidend

Zu den § 218-Praktiken im Lande Baden-Württemberg

Von Dr. Erhard Eppler
SPD-Landesevizepräsident Baden-Württemberg und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Seite 4 / 26 Zeilen

Die SPD diskutiert die Zukunft Berlins

Umfassender Problemerkatalog zur Erarbeitung von Perspektiven für die Stadt

Von Harry Ristock
Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und Senator für Bau- und Wohnungswesen

Seite 5 / 24 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Hans-Ulrich Rudel: Demokratie in Anführungszeichen

Seite 6 bis 8 / 142 Zeilen

Neue Rufnummer:

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 428
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 03 85 840-49 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Scharfmacher sind niemals hilfreich

Zu besonnener Beharrlichkeit gegenüber der DDR gibt es keine Alternative

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren

Einige Monate liegen die letzten schweren Zwischenfälle an der Grenze zur DDR nun zurück. Zeit genug, die Geschehnisse abzuwägen und auch die Reaktionen aus der Bundesrepublik zu überdenken, zumal der Wahlkampf Überlegungen und Reaktionen nicht mehr beeinflusst.

Erneut bleibt nur die Einsicht: Auch zur Beseitigung des Schießbefehls gibt es keine Alternative zu besonnenen und zähen Verhandlungen. Unter dem frischen Eindruck von Schießereien möchten das manche anders sehen. Verständlicherweise wird dann auch der Bürger unruhig und wünscht sich, wie eine Meinungsumfrage aus dem September zeigt, härtere Reaktionen gegenüber der DDR. Dabei sollten die Erfahrungen der 15 Jahre seit dem Mauerbau und der verstärkten Absperrung jedem gezeigt haben, daß Härte gegenüber der DDR ihre in der Sache liegenden Grenzen hat und sich nachträglich leicht als Blindheit und Unbesonnenheit erweist.

Lautstarke Anklagen und markige Worte sind allenfalls geeignet gewesen, der öffentlichen Erregung zu entsprechen und durch den Anschein einer energischen Reaktion Emotionen zu befriedigen. Tatsächlich hilfreich waren aber die lauten Ankläger, die unbesonnenen Scharfmacher niemals. Geholfen hat eine Verhandlungs- und Vertragspolitik, die die Grenze z.B. für getrennte Familien und auch für Besuchareisende durchlässiger gemacht hat. In zahlreichen Fällen ergaben sich daraus andere Lösungen als der versuchte Sprung über die Mauer.

Jedenfalls Politiker dürfen sich der Einsicht in diese Zusammenhänge nicht entziehen. Ihre Aufgabe muß es vielmehr sein, auch in der Erregung nach einer Schießerei bei aller Härte im öffentlichen Urteil für die not-

wendige Besonnenheit zu werben, ohne die kein einziger Schritt für menschliche Erleichterungen in Deutschland getan werden kann. Die in diesen Tagen wieder angesprochene Forderung des CSU-Abg. Dr. Fritz Wittmann nach "Feuerschutz" war kein Beitrag zu besonnener Haltung. Seine Äußerungen können nach wie vor als Musterfall einer unverantwortlichen und scharfmacherischen Polemik gelten, die gefährliche Verkrampfung schafft, wo es Gefahren zu bannen gilt.

Die Bundesregierung hat jetzt eine parlamentarische Anfrage dahin beantwortet, daß der Bundesgrenzschutz bei einem rechtswidrigen Angriff auf Flüchtlinge aus der DDR, die sich bereits auf Bundesgebiet befinden, nach den allgemeinen Rechtsnormen der Nothilfe und den im BGS-Gesetz konkretisierten polizeirechtlichen Grundsätzen die zur Abwehr jeweils notwendigen Maßnahmen ergreift. Dazu kann im Einzelfall auch der Gebrauch der Schußwaffe gehören. Von "Feuerschutz" zu reden und so zu tun, als müsse nun eine neue Praxis beginnen, ist angesichts dieser seit Jahrzehnten unveränderten Rechtslage aber bis zum August dieses Jahres niemandem eingefallen. Wenn sich solcher Feuerschutz dann noch gegen die "Terroristen Ost-Berlins" richten sollte, wenn die DDR-Grenzwächter mit Terroristen gleichgesetzt wurden, die man bekämpfen muß, dann war damit geradezu zwingender Anlaß zu den scharfen Zurückweisungen gegeben, die Politiker beider Koalitionsparteien ausgesprochen haben. Über einzelne Begriffe mag man dabei streiten, doch gibt es an dem Eindruck, den die Schlagworte des CSU-Politikers gemacht haben und offenbar auch machen sollten, nichts zu deuteln. Das dürfte ihm angesichts der öffentlichen Erregung und Kritik selbst klar geworden sein, wie seine viel zu späte korrigierende Klarstellung zeigt.

Dabei sollte es auch die CSU-Landesgruppe bewenden lassen, statt sich jetzt noch in Entrüstung über die berechtigte scharfe Kritik an Wittmann zu üben. Und jedenfalls muß der Versuch mißlingen, aus Erklärungen der Bundesregierung eine Bestätigung jener Feuerschutz-Ideologie herzuleiten. Weder begrifflich noch inhaltlich gibt es da Übereinstimmungen.

(-/5.11.1976/vd/pr/ee)

+ + +

"Uniona"-Deutschlandpolitik mit gespaltenen Zungen

Nach dem Wahlkampf liest sich alles wieder ganz anders

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Olaf von Wrangel, hat trotz urbaner Umgangsformen nie zu den Tauben in der CDU-Deutschlandpolitik gehört. Mit einem Abelein und Ähnlichen "Deutschlandexperten" im Kreuz mag ihm vielleicht auch, wenn er oben bleiben will, nichts anderes übrig bleiben. Um so verwunderlicher ist es, auf einmal von ihm zu hören, daß er für eine Herabsetzung des "Reisealters" und bei Reismöglichkeiten für junge Menschen, wirtschaftliche Hilfe für die DDR befürworten würde. Allerdings sollte dies erst nach erfolgter Leistung gewährt werden.

Nun kann man die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, solche Vorschläge zu machen, ehe die DDR überhaupt mit ihren Angeboten herausgekommen ist. Bisher war jedenfalls in den Ostberliner Ankündigungen von Gegenleistungen nicht die Rede. Uns ist jedenfalls der Wandel in den CDU/CSU-Aussagen vor der Wahl und während der Wahl und nach der Wahl höchst interessant. Wenn die sozial-liberale Regierung das tat, was in vielen Fällen unausweichlich war, hat man sie der Ausverkaufspolitik, der Politik der Leistungen ohne angemessene Gegenleistung beschuldigt. Man hat damit Stimmung beim "kleinen Mann auf der Straße" gemacht, der kritisch gegenüber allen Leistungen aus seinen Steuergraschen ist. Man hat zwar die Vorteile der Deutschland- und Ostpolitik für sich zu nutzen gesucht, wie jener CDU-Bundestagsabgeordnete, der mit seiner ganzen Kreistagsfraktion im kleinen Grenzverkehr in die DDR fuhr, um sich für die Heimatpresse mit ihr vor einer Kirche in Eisenach fotografieren zu lassen, aber sonst war das eine Politik, die wie Dr. Helmut Kohl sagte, "den Menschen in der Bundesrepublik so gut wie gar nichts gebracht habe".

Kohl ist übrigens das Musterbeispiel für eine CDU-Ostpolitik der gespaltenen Zungen. Bei seinen Südosteuropa-Reisen versicherte er zunächst den führenden Politikern der Länder, die er aufsuchte, daß sich bei seiner etwaigen Regierungsübernahme in der Ostpolitik so gut wie gar nichts ändern werde, dann fuhr er zurück und hielt Wahlkampfreden, in denen er diese Ostpolitik, an der er so gut wie gar nichts ändern wollte, in Bausch und Bogen verdammt. Und gerade in diesen Tagen konnte man es wieder einmal sehen: Er, der verkündet, daß diese Ostpolitik eine Politik der einseitigen Leistungen sei, fuhr, durch sie begünstigt, mit seiner Familie nach Leipzig, nicht ohne dafür zu sorgen, daß die Presse ihn dort in Großaufnahmen wiedergab, und verkündete Lauthals, von nun an werde er jedes Jahr nach Leipzig fahren. Unter seinen regierenden Vorgängern von der CDU war das nicht möglich. Aber davon spricht Dr. Kohl nicht.

Was übrigens noch erwähnenswert ist: Wer die Kommentare von Dr. Kohl zum Jahrestag von Helsinki in den Ohren hat, den wird es mit Staunen erfüllen, daß er bei Parlamentariergruppen Reisen in Ostblockstaaten von CDU-Parlamentariern immer wieder deren nachdrückliche Hinweise auf die Abmachung von Helsinki hört. Besonders dann, wenn es um Probleme der Familienzusammenführung oder der Pressefreiheit geht. Manchmal hat man dann das Gefühl, die CDU-Leute hätten die Abmachung von Helsinki geradezu erfunden. Welche Gabe der Verdängung muß doch diesen CDU/CSU-Politikern zu eigen sein, die auf der einen Seite lauthals verkünden, Helsinki habe uns mehr geschadet als genützt, andererseits aber gleichzeitig im Ausland mit Nachdruck an die erzielten Abmachungen erinnern, die doch angeblich nichts wert sind. Deutschland- und Ostpolitik der gespaltenen Zungen? Uns scheint dieses Verhalten der Union oft nahezu an Schizophrenie zu grenzen!

(-/5.11.1976/kr/pr/ee)

Vertrauen in das Gesetz wird notleidend

Zu den § 218-Praktiken im Lande Baden-Württemberg

Von Dr. Erhard Eppler

SPD-Landesvorsitzender Baden-Württemberg und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Auch nach der Entscheidung der baden-württembergischen CDU-Landesregierung, für staatliche Krankenhäuser kein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen bei unabwiesbaren sozialen Notständen auszusprechen, bleibt es in diesem Bundesland eine Tatsache, daß durch Kreistagsbeschlüsse zum Verbot des Schwangerschaftsabbruchs der vom Bundesgesetzgeber gewollte Freiheitspielraum für Gewissensentscheidungen eingeschränkt ist. Hatte die CDU im Landtag die Kreistagsbeschlüsse nicht nur abgedeckt, sondern voll gebilligt und fast enthusiastisch begrüßt, so ist sie nun doch vor den Konsequenzen einer solchen Haltung zurückgeschreckt. Sie wird es schwer haben, der Bevölkerung klarzumachen, warum ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Notlagen-Indikation in Landeskrankenhäusern schlecht, in Kreiskrankenhäusern aber gut sein soll.

Es bleibt auch die Frage nach dem Staatsverständnis einer Landesregierung, die zuläßt, daß Kreistage oder gar Landräte erklären können, welche Bundesgesetze in ihren Landkreisen durchgeführt werden und welche nicht.

In der Argumentation der CDU zum Paragraphen 218 zeigt sich mit aller Schärfe das doppelböckige politische Verständnis dieser Partei, die Freiheit und Demokratie für sich pachten möchte, im konkreten Fall aber sowohl die Gewissensfreiheit des Einzelnen als auch die Autorität des demokratischen Gesetzgebers durch Kreistagsmehrheiten ersetzen läßt.

Die CDU und ihre Landesregierung haben es zu verantworten, wenn nun in Baden-Württemberg das Gespenst der Abtreibungskliniken umgeht, wenn die Not der Frauen von Geschäftemachern mißbraucht wird. Und sie haben zu verantworten, wenn, wie die CDU-Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Kultusministerium, Dr. Hanna-Renate Laurin, sich ausdrückt: "Bei den Bürgern unseres Bundeslandes das Vertrauen in die Gesetzesnorm notleiden muß."

(-/5.11.1976/va/pr)

+ + +

Die SPD diskutiert die Zukunft Berlins

Umfassender Problemerkatalog zur Erarbeitung von Perspektiven für die Stadt

Von Harry Ristock

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin,
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und Senator für Bau- und Wohnungswesen

In diesen Tagen stellt der Landesvorstand der Berliner SPD der Öffentlichkeit einen umfassenden Problemerkatalog vor, auf dessen Grundlage im nächsten Jahr Perspektiven für die Entwicklung der Stadt erarbeitet werden sollen. Es handelt sich dabei um ein Diskussionspapier, das in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der Beratungen aller Berliner Parteigremien stehen wird.

Das Papier konzentriert sich vor allem auf drei Bereiche: 1/ die äußeren Bedingungen der Stadt, 2/ Fragen der Wirtschafts- und Arbeitspolitik sowie 3/ Grundprobleme der Stadtentwicklung.

Der Landesvorstand ist sich bewußt, daß die Probleme der Stadt nicht in Berlin allein gelöst werden können. Fragen von zentraler Bedeutung werden auch in Zukunft nur im Einvernehmen mit den Westmächten und der Bundesregierung beantwortet werden. Das Vier-Mächte-Abkommen und die deutsch-deutschen Folgevereinbarungen sind Rahmenbedingungen für die Entwicklung Berlins.

Die Berliner SPD wird sich bei der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen an den Zielvorstellungen des Godesberger Programmes orientieren. Dabei stehen die Grundwerte des demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ebenso im Vordergrund wie die nationale Aufgabe, die Berlin auch in Zukunft als Mittelpunkt aller Deutschen wahrnehmen muß.

Am Ende der langen Diskussion, die jetzt mit der Bevölkerung und in der Partei zu führen ist, soll sichtbar werden, was nach Auffassung der Sozialdemokraten die besondere Chance und Verpflichtung Berlins darstellt, nämlich: in Berlin ein Modell des demokratischen Sozialismus zu entwickeln.

(-/5.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Hans-Ulrich Rudel: Demokratie in Anführungszeichen

Fernsehansendungen über den Wehrmachtsobersten a.D. Hans-Ulrich Rudel, die zu Beginn dieser Woche ausgestrahlt wurden, zeigten dokumentarisch, daß dieser Parteigänger rechtsradikaler Nachkriegsgruppen seine politisch-ideologische Einstellung unverändert beibehalten hat und auch weiter nach außen vertritt. Manche seiner jetzigen Aussagen stimmten wortwörtlich mit Passagen überein, die er im Jahre 1951 im Dürer-Verlag/Buenos Aires in dessen Serie "Schriften zur Gegenwart" unter "Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung" erscheinen ließ. Aus diesem Buche zitieren wir angesichts der Versuche vor allem aus CDU/CSU-Kreisen, den Fall Rudel herunterzuspielen, folgende Absätze:

"Wir haben als deutsches Volk die Notwendigkeit einer umfassenden Lösung (=der roten Gefahr) schon vor Jahrzehnten erkannt. Wir haben dieser Gefahr nicht nur eine neue soziale Ordnung entgegengestellt, sondern haben uns auch persönlich vor etwa zehn Jahren für diese Erkenntnis schonungslos eingesetzt. Dennoch bleibt es wahr, daß es uns leider nicht gelungen ist, die rote Gefahr für immer zu bannen und daß sie deshalb auch jetzt noch nach einer praktischen Lösung schreit. Wir wollen uns nicht im geringsten dieser Notwendigkeit verschließen." (Seite 17)

"Es geht uns um die höchsten Dinge von Volk, Staat und menschlicher Gemeinschaft, denen wir zugehören, und wir glauben, daß zu ihrer Lösung gesunder Verstand, klare Logik und sauberer Wille die Voraussetzung sind. Hierzu möge jeder nach seinen Kräften beitragen. Nicht die Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, sondern die Verantwortung, und es wirkte grotesk, wollte man diejenigen, die das dekretierte Schweigen brechen, deshalb eines politischen Ehrgeizes bezichtigen. Ihr Sprechen geschieht aus der Verantwortung, die weder Schicksal, Zeiten noch Entfernungen löschen können und aus einer jeden Tag lebendigen Verbundenheit heraus mit denjenigen, die zwar nicht gefragt werden, um deren Kopf es aber geht... Es ist aber nicht nur aus diesem Grunde, daß ich mich berufen fühle, im Namen der Überwältigenden Mehrheit der Frontsoldaten das Wort zu ergreifen." (Seite 22)

"Man darf es uns nicht übelnehmen, wenn wir in unserer klaren Soldatensprache ganz bruta feststellen, daß wir nur dann bereit sind, noch einmal einen Krieg zu führen, wenn es sich lohnt. Und es lohnt sich nur dann, wenn wir etwas sind - und wenn die tatsächliche Möglichkeit zur Verteidigung unseres Landes besteht. Außerdem müssen wir einen Lohn bekommen für unseren Einsatz: das heißt, daß wir nicht nur die Gefahr von unserer Heimat und Europa abgewendet wissen wollen, sondern, daß außerdem unserem Volk der notwendige Lebensraum gesichert wird. Es läßt uns kalt, ob bei dem Wort Lebensraum der ganze Westen oder die ganze alliierte Welt wieder eine Gärsehaut bekommt - denn, wie man es dreht oder wendet: nur in einer endgültigen Lösung dieser Frage liegt die Zukunftsmöglichkeit unseres Volkes und die der anderen westeuropäischen Völker begründet." (Seite 28)

"Für uns lohnt sich nur eine Verteidigung, wenn wir wieder ein Volk in einem anständigen Staat sind, wenn wir wirtschaftlich unsere Wege gehen und

uns die Märkte erobern können, worauf unser Fleiß ein Anrecht hat, wenn unsere kleinen, größeren und größten Industrien sich frei entfalten können und dann so imstande sind, uns Arbeit und Brot zu besorgen. Es lohnt sich nur, wenn wir innenpolitisch frei sind und dem das Wort verbieten können, der sich das Recht zum Sprechen verwirkt hat, wenn wir innenpolitisch die Staatsform wählen können, die uns paßt und zu der wir uns hingezogen fühlen: Wir versprechen feierlich, sie dann auch "Demokratie" zu nennen!" (Seite 29)

"Es lohnt sich nur, und wir sind nur dann wieder etwas, wenn wir als Soldaten kämpfen können zur Verteidigung unserer eigenen Heimat in einer eigenen Armee. Denn nur die eigene Armee ist die logische Folgerung aus der Wiederherstellung der deutschen Souveränität, die erreicht ist, wenn nur wir in unserem eigenen Hause etwas zu sagen haben." (Seite 30)

"Noch einmal Krieg zu führen - beziehungsweise uns dazu bereitzuerklären, wieder einmal die Uniform anzuziehen auf die Gefahr hin und im Hinblick auf die Möglichkeit eines neuen Krieges - lohnt sich nur dann, ist nur dann zu verantworten, wenn eine tatsächliche Möglichkeit zur Verteidigung des eigenen Landes besteht." (Seiten 30/31)

"Wir behaupten: wenn es den Alliierten wirklich ernst ist mit der Verteidigung des Westteils von Europa gegen die Rote Armee, wenn die Westmächte tatsächlich entschlossen sind - so wie sie es von uns fordern - selber einen Kampf auf Leben und Tod mit der Roten Armee zu führen, wenn z.B. Nordamerika die Vorbereitung zu einem Krieg so heiliger Ernst ist, daß es nicht nur bereit ist, Dollars, sondern auch Menschen in dieses blutige Geschäft zu investieren: so kann keiner uns vormachen, daß nicht in kürzester Zeit diese hundert Divisionen vor dem Eisernen Vorhang ihre Posten beziehen können. Wir wissen doch aus dem vorigen Krieg, wie kurz es gedauert hat, Amerikas Kraft zu mobilisieren, sowohl gegen die endlos lange Front gegen Japan als auch für die Vernichtung Deutschlands und Italiens." (Seite 32)

"Ein erneuter Kriegseinsatz lohnt sich für uns nur, wenn wir wieder etwas sind, wenn die tatsächliche Möglichkeit zur Verteidigung des eigenen Landes besteht und wenn wir einen Lohn bekommen für unseren Einsatz. Wir wollen jetzt diesen Lohn näher umschreiben. Wir sehen ein, daß die erste Folge einer erfolgreichen Verteidigung Europas gegen den roten Osten dargestellt wird durch die Abwendung dieser Gefahr von unserer Heimat. Wir geben uns nicht dem Wehn hin, daß selbst eine erfolgreiche Verteidigung unserer Heimat nicht unser so schwer geprüftes Land wiederum zerstören würde. Schon allein aus diesem Grunde kann der Lohn für unseren Einsatz nicht allein in der Abwendung der Gefahr einer roten Invasion bestehen. Denn für diese Abwendung werden wir Deutsche an erster Stelle bezahlen müssen durch erneute umfangreiche Zerstörungen von dem, was wir mit Mühe und Not hier und da aus eigener Kraft wieder aufgebaut haben. Nein, dieser Lohn kann nur darin bestehen, daß nach einer erfolgreichen Beendigung dieses Krieges für unser Volk der notwendige Lebensraum gesichert wird. Dieser Lebensraum liegt nach wie vor im Osten. Was würde es uns nützen, uns erneut zum Kriegseinsatz zu stellen, wenn dieses Problem nicht gelöst wird? Wir würden dann wieder mit unseren Millionen deutscher Menschen auf einen engen Raum gedrängt sein, wir würden uns wieder mit aller Findigkeit und allem Fleiß auf die industrielle Erzeugung stürzen, wir würden wieder auf den Weltmärkten mit einer besseren und gleichzeitig billigeren Produktion die nichtdeutsche Konkurrenz vertreiben, und wir würden wieder auf den Weltmärkten mit einer besseren und gleichzeitig billigeren Produktion die nichtdeutsche Konkurrenz vertreiben, und wir würden wieder nach zehn oder fünfzehn Jahren eine wirtschaftliche Kriegserklärung an den Kopf geschleudert bekommen und, in eiserner Konsequenz davon würden wir wie-

der, genau wie 1914, genau wie im Jahre 1939, in einen militärischen Krieg hineingeraten. Wenn das Problem des Lebensraumes für unser Volk nicht gelöst wird, werden wir immer auf billige und bequeme Art als Unruheherd von Mittel- und Westeuropa verschrien werden können. Und wir haben es satt, verschrien zu werden, wir wollen endlich, daß man die "Einnebelungstradition" des deutschen Problems aufgibt und endlich dazu übergeht, im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft, unser Problem und unsere Notwendigkeiten klar zu sehen und den Mut zu finden zu einer endgültigen Lösung." (Seite 33).

"Trotz alledem - und damit stehen wir Deutschen allein auf einer sehr einsamen Höhe - trotz alledem wären wir sofort wieder bereit, die Uniform anzuziehen und wieder den Opfergang zu gehen, wenn wir damit ein für allemal für unser Volk die Lösung seiner beklemmenden Lebensfrage und für unsere Kinder- und Kindeskinde endlich die schwerverdiente Ruhe erkämpfen könnten." (Seite 34)

"Wir wollen militärische Führer, deren höchste Bindung die an das Volk und an die ihr anvertraute Truppe ist und nicht an irgendein parlamentarisches oder nichtparlamentarisches System... Wenn wir wieder Soldat werden sollen, dann wollen wir zuverlässige Führer haben. Darüber hinaus behaupten wir: Es gibt auf der Welt niemanden, der bei der augenblicklichen Situation ein so reines Gewissen haben kann wie wir. Denn mehr als wir getan haben, wird kein Mensch gegen den Bolschewismus tun können." (Seiten 42/43)

"Man soll von uns alten Frontsoldaten nicht fordern, daß wir uns bevorzugen lassen müssen, inwieweit wir Kanonen über so und soviel Zoll oder Panzerwagen mit dem oder jenem Tonnengewicht verwenden sollen. Wir haben so ungeführt eine Ahnung, wie eine Truppe, die gegen die Sowjets Krieg führen soll, ausgerüstet und bewaffnet werden muß und welche taktische und strategische Unterstützung von anderen Wehrmachtswaffen nötig ist, um erfolgreich sein zu können." (Seite 46)

"Obwohl wir ausgeblutet sind, obwohl wir in einem heldenhaften Kampf unsere besten Kräfte verloren haben, wollen wir uns trotz allem gegen den Dämon und seinen Bolschewismus wieder verteidigen. Wir sind, weiß Gott, keine Feiglinge und haben nie den Kampf gescheut." (Seite 46)

"Wir glauben an unsere Heimat und wir glauben an Europa, wir wollen für diesen Glauben gern das Letzte geben, was uns noch bleibt... mit hundert vollwertigen Divisionen kann Europa nicht nur gehalten werden, sondern der Rest der deutschen Volkskraft wäre imstande, dieser militärischen Macht eine zusätzliche Kraft zu verleihen, mit deren Hilfe der Bolschewismus geschlagen werden könnte." (Seite 47)

"Wir spüren in uns ein tiefes Verantwortungsgefühl unserem Volke und unserem Kontinent gegenüber. Aus dieser Verantwortlichkeit heraus haben wir bis zum letzten Tage des Krieges unerschütterlich unsere Pflicht getan, aus dieser Verantwortlichkeit heraus würden wir den Mut aufbringen, wieder zu den Waffen zu greifen." (Seite 48)

(-/5.11.1976/va/pr/ee)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller